



DEMOKRATIE STATT KONZERNMACHT!

**Was versteckt sich im trojanischen
TTIP-, CETA- und TISA-Pferd?**

**Heinz Mittermayr, Plattform TTIP Stoppen OÖ
Judith Vorbach, AKOÖ**

Sozial-Stammtisch , Cardijn Haus, 21. Jänner 2015

AK
Oberösterreich

„Freihandel“ –

Der Weg in eine

„marktkonforme Demokratie“?

- ⇒ **Handelsverträge** – derzeit machtvolle Stellschrauben zur Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik
 - **Öffnung der Märkte für Güter u. Dienstleistungen**
 - Öffnung des Bereichs **öffentlicher Dienstleistungen** für internationale, private Investitionen
- ⇒ **These:** „Handel steigert Wohlfahrt aufgrund besserer Aufteilung von Produktion und Konsum über mehrere Länder.“
- ⇒ **Zweifel an liberaler These**
 - Vereinfachte Annahmen z.B. Vollbeschäftigung
 - Industrieländer wurden wettbewerbsstark in Zeiten der Protektion
 - Gestaltung der Handelsbeziehungen ist immer auch Machtpolitik

Neoliberal dominierte Handelspolitik -

Öffnung der Märkte und Abbau von Regeln

geht mit vielen Gefahren einher wie ...

- ⇒ Massive Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen
- ⇒ Wachsende Ungleichgewichte zwischen Staaten
- ⇒ Druck auf sozialstaatliche und demokratische Handlungsspielräume
- ⇒ verschärfter Wettbewerb auf Kosten der ArbeitnehmerInnen
- ⇒ Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen
- ⇒ Absenkung ökologischer Standards
- ⇒ Reduktion weiterer wichtiger Standards z.B. im Lebensmittelbereich
- ⇒ Wirtschaftliche und soziale Anpassungskosten
- ⇒ Erhöhte Risikobereitschaft (Finanzsektor)
- ⇒ Große Marktmacht multinationaler Konzerne

„Unternehmen auf der ganzen Welt sind sich wohl darin einig, dass weniger Gesetze mehr Profit bedeuten.

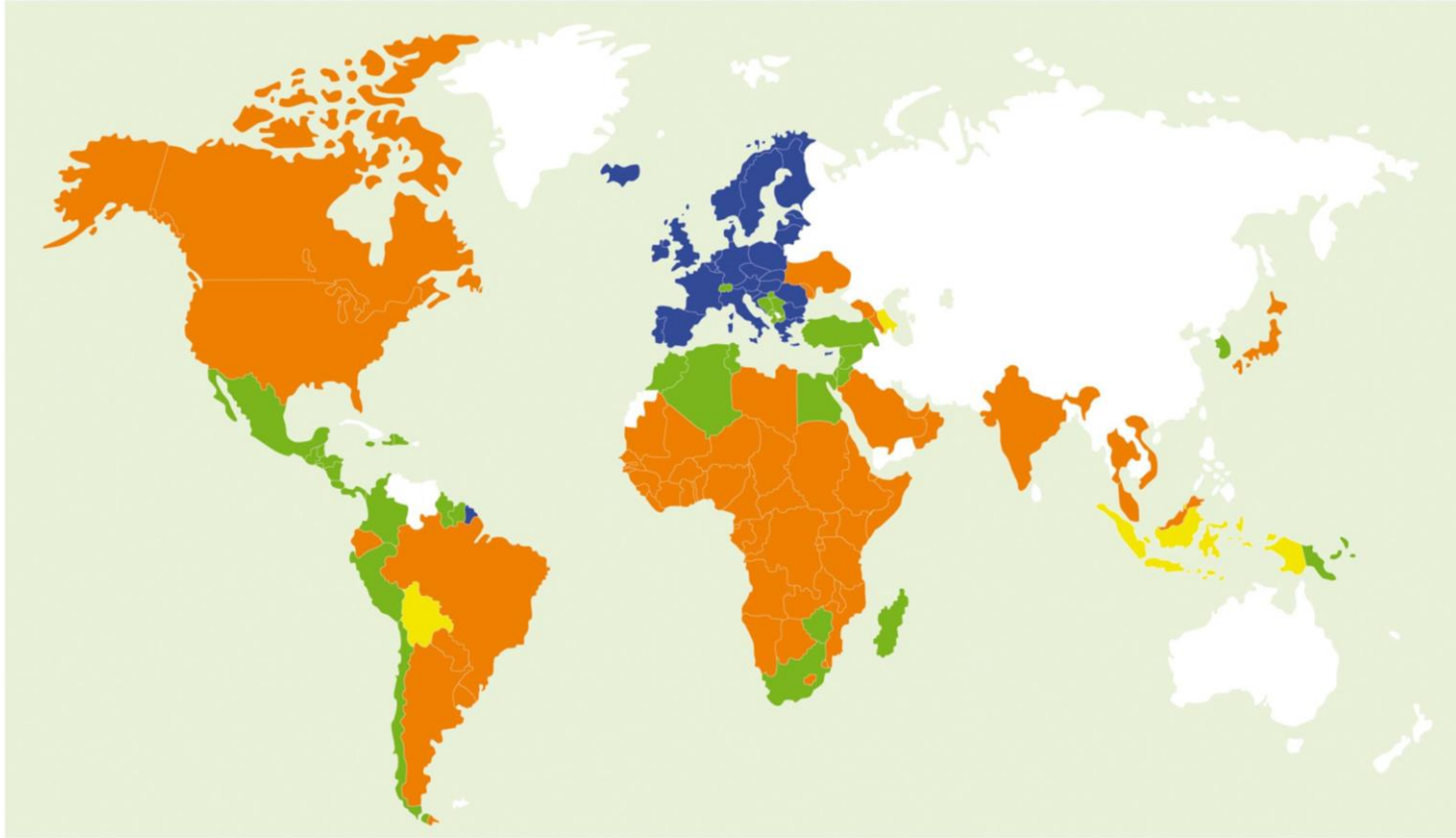
Die Verhandlungsführer sind wohl auch leicht davon zu überzeugen, dass Handelsabkommen gut für den Handel und für die Gewinne der Unternehmen sind.

Aber es würde ein paar große Verlierer geben – genauer gesagt, den Rest von uns.“

Joseph Stiglitz
New York Times Blog, 15. März 2014

- ⇒ Stocken **WTO-Verhandlungen**, Abschluss globaler Handelsabkommen in nächster Zukunft nicht realistisch
 - Ende 90er Jahre massiver Widerstand gegen M.A.I. im Rahmen der OECD und GATS im Rahmen der WTO
- ⇒ Offensive **Liberalisierungsstrategie** seit Mitte **1990**
 - Dominiert von einflussreichen Unternehmensverbänden
- ⇒ „**Krisenpolitik**“ und **Handelsliberalisierung**
 - Übersteigerte Kürzungsprogramme in EU
 - Innereuropäische Nachfrage reduziert
 - Drängen in öffentliche Bereiche und Dienstleistungsmärkte
 - Wachstum und Beschäftigung über Außenhandel ?!
- ⇒ Handelsabkommen -> erneut Druck zu **Deregulierung und preislicher Wettbewerbsorientierung** in EU

Freihandelsabkommen der EU:



Europäischer Wirtschaftsraum | bestehende Abkommen |
laufende Verhandlungen | geplante Abkommen

Bildquelle:
BM für Ernährung und
Landwirtschaft,
Deutschland

Heute Abend im Fokus:

- ➔ **Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – TTIP**
 - Verhandlungsmandat im Juni 2013 im EU-Rat beschlossen
 - Verhandlungsrunden alle 2 Monate
 - in Kraft 2016 bzw. noch in unter der Obama-Administration?
- ➔ **das EU-Kanada-Abkommen – CETA**
 - Verhandlungsbeginn 2009
 - 26.9. Gipfeltreffen EU-Kanada – „Verkündung“
 - Legal scrubbing (ausverhandelter Text mit EU-Recht vereinbar?), Übersetzung
 - Beschlussfassung im Rat, Ratifikation im EP und in nationalen Parlamente (wenn gemischtes Abkommen)
- ➔ **das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen - TiSA**
 - Verhandlungen seit 2012

TTIP

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft bzw. Transatlantic Trade and Investment Partnership

- **Worum geht 's?**
- **Wirtschaftliche Folgen?**
- **Abbau von „Handelshemmnissen“**
- **Investitionsschutz**
- **Öffentliche Dienstleistungen**
- **Aspekte aus Sicht der ArbeitnehmerInnen**
- **Intransparenz / mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten**

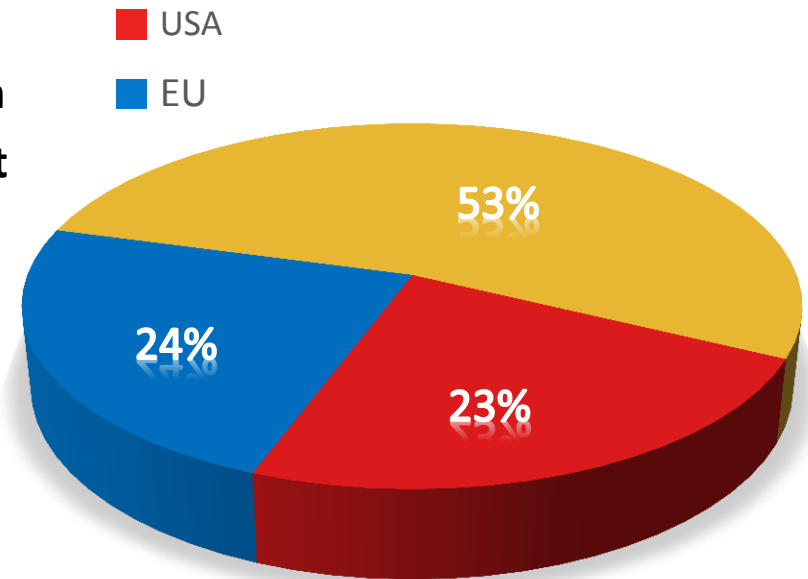
Worum geht's?

- ⇒ **Bedeutendstes je verhandeltes Freihandelsabkommen der EU**
- ⇒ **Vorbild für alle Abkommen– „Themenführerschaft“ EU-USA**
- ⇒ **neue Maßstäbe für umfassende Liberalisierungsagenda**
- ⇒ Betroffen sind sämtliche Bereiche:
- ⇒ Abbau von Zöllen (ohnedies relativ niedrig)
- ⇒ im Vordergrund: Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen (NTB)
- ⇒ Investitionsschutz
- ⇒ Öffentliches Beschaffungswesen und (Öffentliche) Dienstleistungen
- ⇒ Landwirtschaftliche Güter und Industriegüter
- ⇒ Finanzwesen / Finanzmarktregulierung
- ⇒ Geistige Eigentumsrechte
- ⇒ Handel und nachhaltige Entwicklung
- ⇒ ...

TTIP - Grundlegendes

- ➔ **Bereits jetzt starker Grad an Liberalisierung und intensiver Wirtschaftsaustausch zwischen EU-USA**
 - 51.000 US-Niederlassungen in EU, 24.000 EU-Niederlassungen in USA
- ➔ **TTIP als wirtschaftliches „transatlantisches Bollwerk“?**
 - TTIP wäre größte Freihandelszone der Welt

Anteil am weltweiten
Bruttoinlandsprodukt



Impulse für österreichische Wirtschaft?

„USA drittichtigster Markt für österreichische Warenexporte“

Handelsliberalisierung deshalb erstrebenswert??

➔ Exporte in USA bedeutend – insgesamt aber nur Bruchteil

- US-Anteil 5,6% an allen Exporten (2013)

➔ Liberalisierung bedeutet auch erhöhte Importe

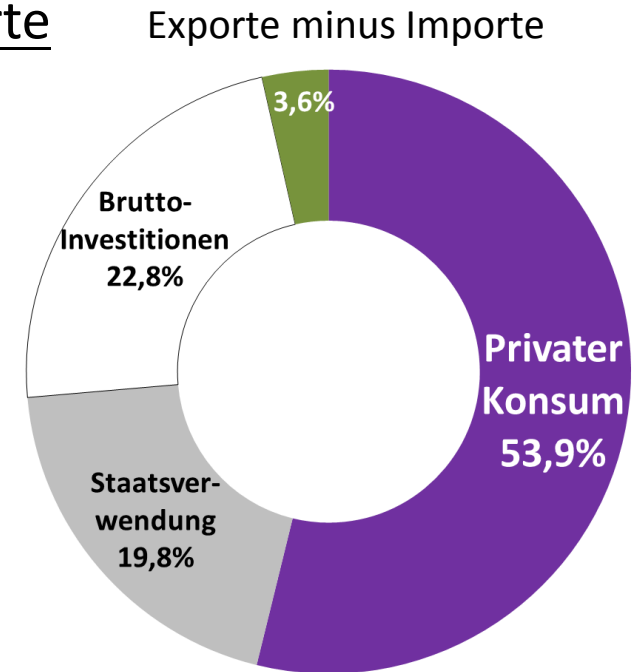
- Warenimportanteil aus USA 3,3% (2013)

➔ **Wirtschaftlich langfristig sinnvoll ist ausgeglichene Handelsbilanz!**

➔ Einseitige Exportorientierung bringt

- Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen
- Druck auf privaten Konsum im Inland
- Gefährliche Handelsungleichgewichte

➔ **Innereuropäische Nachfrage fördern!**



Mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa? – Kritik an Studien

- ➔ **Prognostizierte Effekte auch laut Studien gering bis negativ**, EU-weit pro Jahr nur ..
 - 0,03 - 0,13 Prozent zusätzliches BIP-Wachstum
 - Mehrere 100.000e neue Arbeitsplätze / 600.000 Arbeitsplätze weniger!
- ➔ **Verdrängung** anderer Handelsbeziehungen
 - Rückgang des EU-Binnenhandels um bis zu 30 Prozent
 - Druck auf Schwellen- und Entwicklungsländer
- ➔ keine Aussagen über **Verteilung und Wohlfahrt**
- ➔ Beispiel NAFTA-Abkommen (USA, Kanada, Mexiko)
 - Studien im vorhinein: wirtschaftliche Vorteile für alle NAFTA-Parteien
 - Studien im nachhinein: kaum Effekte bis negativen Auswirkungen (steigende Lohnunterschiede, Druck auf Gewerkschaften, ...)

➔ Abbau von „Handelshemmnissen“ aufgrund von Regulierungsunterschieden durch

- Harmonisierung,
- gegenseitige Anerkennung von Regeln und
- verstärkte Zusammenarbeit von Regulierungsbehörden.

➔ Es geht um ...

- Technische Handelsbarrieren (Sicherheitsbestimmungen, Abgasnormen für Autos, ...)
- Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (Lebensmittel)
- sektorspezifische Bestimmungen (Automobilindustrie, chemische u. pharmazeutische Industrie, IKT, Finanzdienstleistungen, ...)

➔ Regulierungen oft **im öffentlichen Interesse**

- ➔ traditionell und kulturell entwickelt, demokratisch abgestimmt
- ➔ **Wohlfahrtsverlust für Gesellschaft** droht

➔ **Unterschiedliche Regulierungsphilosophien**

• **Vorsorgeprinzip in EU**

- Produkte/Verfahren nur (für Import) erlaubt, wenn Unbedenklichkeit bewiesen ist
- Auch bei fehlender endgültiger Gewissheit über Risiken können präventive Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt (z.B. Verbote) gesetzt werden.

• **USA**

- Produkte und Verfahren solange erlaubt, bis Schäden erwiesen sind
- Keine spezielle Zulassungsverfahren und Registrierungspflichten

⇒ Regulierungskooperation

- Weitere „Abstimmungen“ auch nach Vertragsabschluss
- Abbau **bestehender** regulierungsbedingter „Handelshemmnisse“
- Vorab-Bekanntgabe möglicher **zukünftiger** Regulierungen mit bedeutenden Auswirkungen auf internationalen/transatlantischen Handel („Frühwarnsystem“)
- **Rat für Regulierungskooperation** geplant

⇒ Gefahren

- Druck auf Regulierungen - „unnötige Kosten“ für Unternehmen?
- Undemokratische Strukturen

Investitionsschutz bei CETA und TTIP

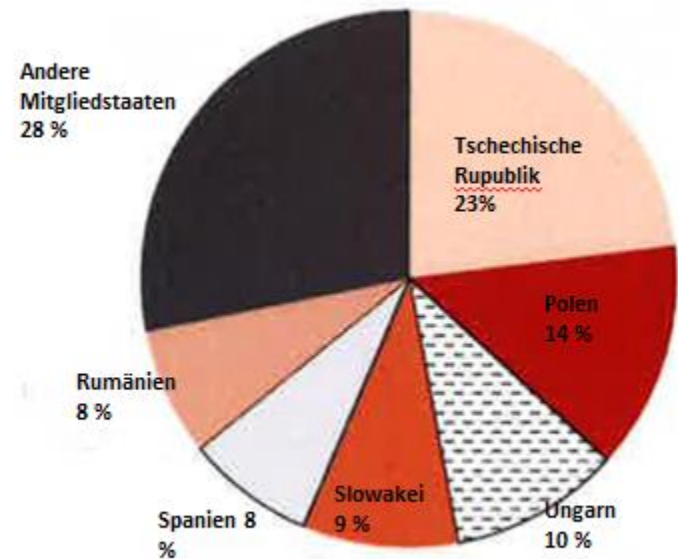
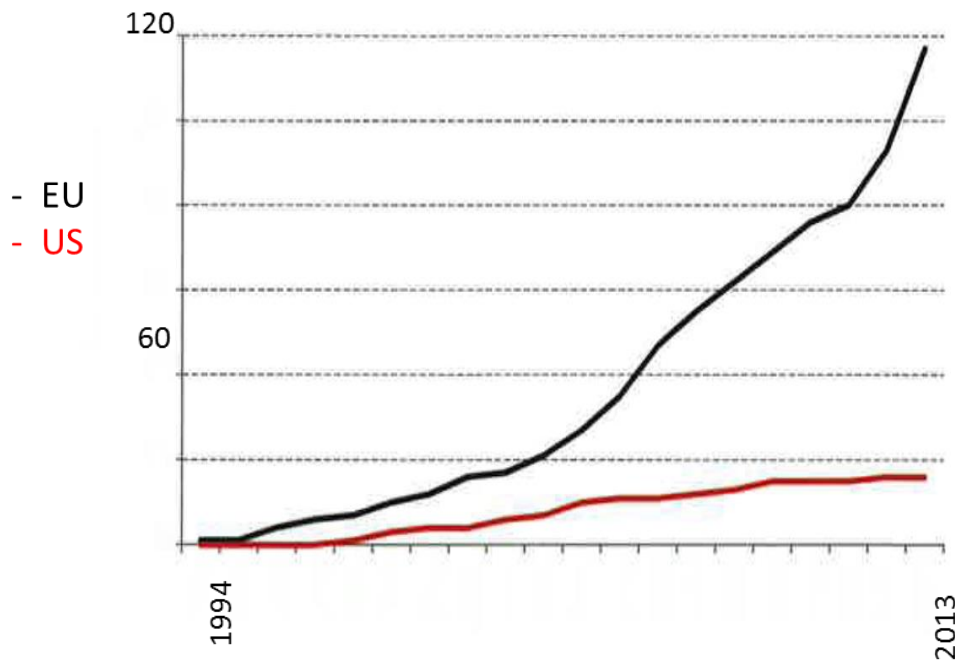
- **CETA: sehr weitreichender Investorenschutz**
 - Erfasst jede Art von Vermögen, welches ein Investor besitzt oder kontrolliert, auch spekulative Investitionen
- Anfechtbar: alle **hoheitlich gesetzten Maßnahmen**
 - ... auf lokaler, Länder- oder Bundesebene
 - Gesetze, Verordnungen, Rechtsurteile, Bescheide, ...
 - in sämtlichen Bereichen (Umweltschutz, geistige Eigentumsrechte, ...)
- **Anfechtungsgründe** sind u.a. „Verletzungen“ ...
 - **der „billigen und gerechten Behandlung“**
 - **Neu bei CETA: Schutz „legitimer Erwartungen“, gleichsam Recht der Investoren auf „stabilen regulatorischen Rahmen“**
 - der Inländergleichbehandlung
 - des freien Kapitalverkehrs und
 - bei direkter oder „indirekter“ Enteignung.

Investor-Staat-Streitschlichtungs- Verfahren

- ➔ Ad hoc Schiedsgerichte
- ➔ 3 „Richter“
 - Schiedsrichter der Klagepartei, des verklagten Staats und ein „gemeinsamer“ Schiedsrichter
- ➔ Meist auf internationales Recht spezialisierte Anwaltskanzleien
- ➔ **Legen Regeln des Investitionsschutzabkommens aus**

ISDS Klagen gegen USA und EU-Mitgliedsstaaten, (kumuliert bzw. in Prozent)

Klagen gegen neue Mitgliedsländer sind in den letzten Jahren massiv gestiegen



Quelle: Elisabeth Beer, AK Wien, Foliensatz: Demokratie wegverhandeln?! Investitionsschutzbestimmungen in EU-Freihandelsabkommen, präsentiert am 5.11.2014

Kritik an Investitionsschutz und ISDS

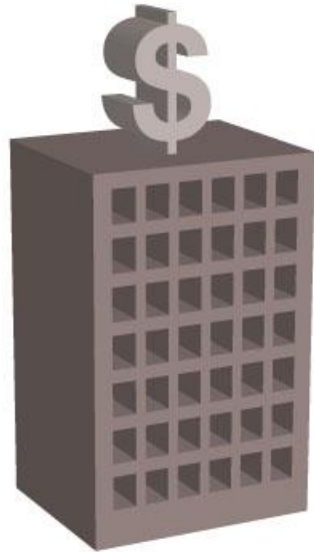
- **Einengung des politisch-demokratischen Handlungsspielraums**
 - Zukünftige politische Entscheidungen!
- Umgehung nationaler Rechtssysteme / Legitimation des EuGH?
 - Insider-Geschäft der Rechtsanwaltskanzleien / Interessenskonflikte
- Unkalkulierbare Risiken, widersprüchliche Schiedssprüche
- „unkündbar“
- Private Unternehmen klagen Staaten / Private Schiedsgerichte fällen Urteile über Staaten
- Erfahrungen Kanadas aufgrund von ISDS in **NAFTA** alarmierend
- **CETA – gilt als Blaupause für TTIP**
 - Breite Definition von Investitionen, auch Portfolioinvestitionen
 - weitreichende Klagemöglichkeiten; auch für Finanzsektor
 - Investoren aus EU und Kanada sehr aktiv -> Klageflut? (Bergbau, Banken)
 - Klagemöglichkeit für US-Konzerne über Niederlassungen in Kanada

DANK CETA KLAGEN? NIEDERLASSUNGEN EINIGER US-FIRMEN MIT 'SUBSTANTIELLEN GESCHÄFTSAKTIVITÄTEN' IN KANADA

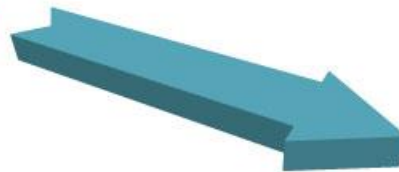


Quelle: Studie
Verkaufte
Demokratie,
November 2014

Die Sonderjustiz für Konzerne wird zum Regelfall



51.000 US-Unternehmen bekommen mit **TTIP Klageprivilegien** gegen EU-Staaten



81%
41.000
Unternehmen

CETA bringt **81%** dieser Unternehmen dieselben **Klageprivilegien**

– indem sie kanadische Tochterfirmen nutzen

⇒ Keine allg. Ausnahme öffentlicher DL aus TTIP u. CETA

- Ausgenommen DL, in „Ausübung hoheitlicher Gewalt“, d.h. „weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern“ erbracht
- Spielraum für Interpretationen, fast überall private Anbieter

⇒ Standardverpflichtungen

- **Inländerbehandlung:** Ausländische DL dürfen nicht schlechter behandelt werden als inländische DL.
- **Marktzugang:** Verbieta eine Vielzahl mengenmäßiger oder quantitativer Marktzugangsbeschränkungen, wenn keine Ausnahmen vorgesehen sind.
 - Es geht z.B. um Abschaffung von Monopolen

⇒ **Positivlistenansatz** (GATS):

Liberalisierungsverpflichtungen klar anzuführen.

- Geringerer Liberalisierungsdruck, da Frage im Vordergrund, ob best. Sektor internationaler Liberalisierung ausgeliefert werden soll.

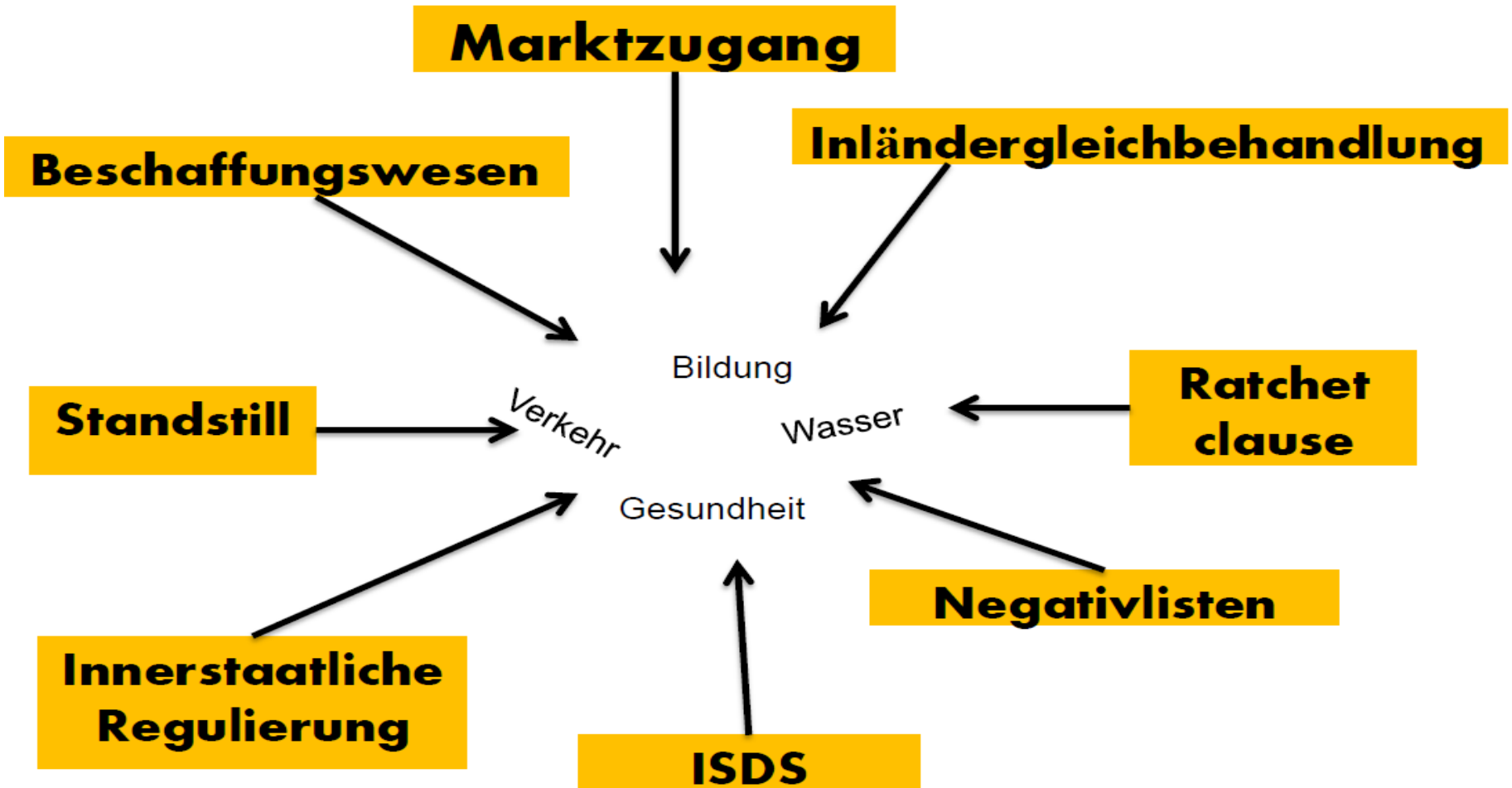
⇒ **Negativlistenansatz** (CETA, TTIP teilweise!): Alle Dienstleistungen sind grundsätzlich einbezogen, wenn sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

- Höherer Liberalisierungsdruck, da Regulierungsansätze als Handelshemmnisse angesehen und gerechtfertigt werden müssen!

Öffentliche Dienstleistungen

- ⇒ **Politische Richtungsänderungen (z.B. Rekommunialisierung) kaum möglich**
 - Stillstandsklausel: erreichter Status von Liberalisierungen unumkehrbar festgeschrieben
 - Ratchet Clause: DL, die auf der **Negativliste** stehen, aber dennoch liberalisiert werden, können in Zukunft nicht wieder zurückgeführt werden. D.h. Künftige Liberalisierungen werden automatische zu TTIP-Verpflichtungen, bei Nichteinhaltung droht Investoren-Klage
- ⇒ **kein definitiver Subventionsvorbehalt** formuliert
 - Anspruch auf Subventionen auch für priv. Anbieter, z. B. Privatschulen
- ⇒ **Öff. Beschaffungswesen**: Zugang zu öff. Ausschreibungen
 - Probleme: Billigstbieter-Prinzip, Druck durch niedrigere Sozial- und Arbeitsstandards, Schwellenwerte?

Freihandelsabkommen und öffentliche Dienstleistungen



Spezifische Aspekte aus Sicht von ArbeitnehmerInnen

- ➔ **Druck auf Arbeitnehmer/-innen**
 - Verstärkter Wettbewerb mit Unternehmen mit schlechterem Arbeitsschutzstandards, schlechteren Bedingungen für Gewerkschaften und geringeren Löhnen.
- ➔ **USA nur 2 von 8 ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert**
 - u.a. nicht ratifiziert beide ILO-Übereinkommen zu den grundlegenden **Gewerkschaftsrechten** (die Freiheit, Gewerkschaften zu gründen und Kollektivvertragsfreiheit)
 - ILO-Kernarbeitsnormen wären ohnehin Mindestmaß

Spezifische Aspekte aus Sicht von ArbeitnehmerInnen

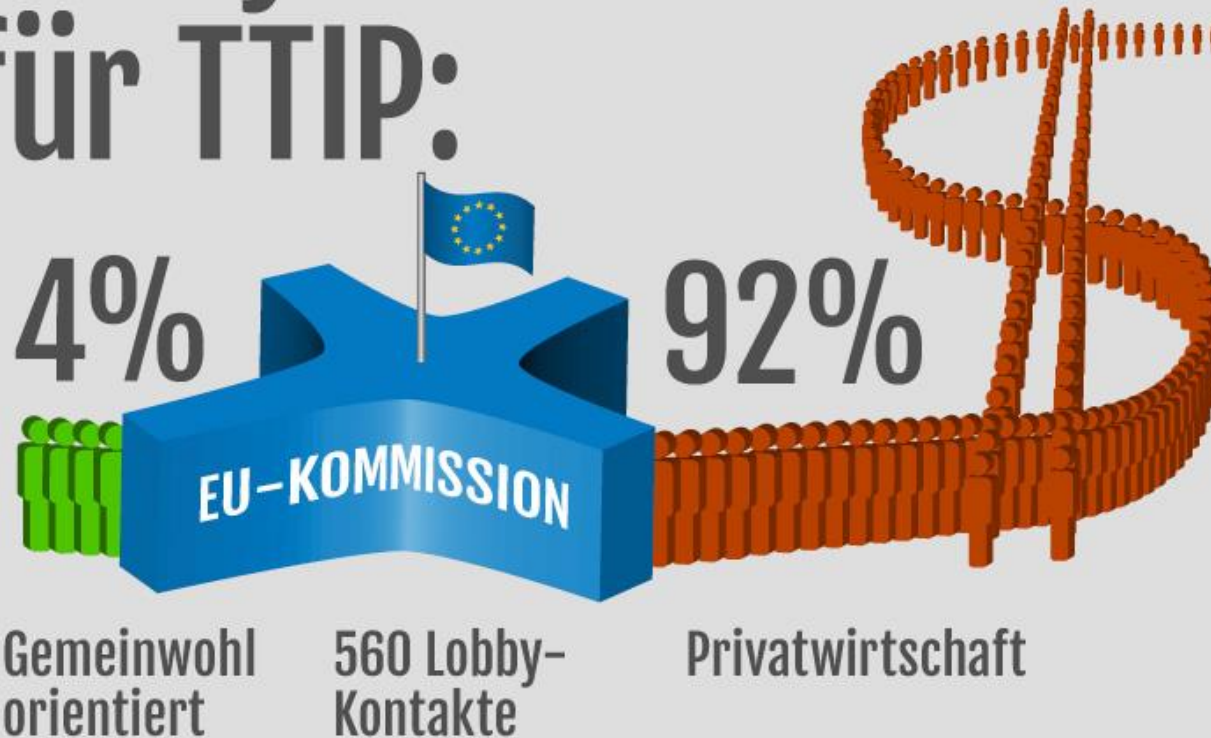
- ➔ Allgemein **gewerkschaftsfeindliches Klima** in den USA
 - Einschränkungen gewerkschaftlicher Aktivitäten im US-Arbeitsrecht
 - Aggressive Kampagnen zur Verdrängung von Gewerkschaften z.B. unter Zuziehung von Anwaltskanzleien (Union Busting)
 - „Right-to-Work“ Bestimmungen in fast der Hälfte der US-Bundesstaaten
- ➔ Liberalisierung bei grenzüberschreitender Erbringung von Dienstleistungen durch Arbeitskräfte (**Mode 4**)
 - kurzfristige Entsendung von ArbeitnehmerInnen (max 12 Monate)
 - oft unterbezahlt, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen
 - Kontrolle und Durchsetzung von Sanktionen im Fall von Arbeitsrechtsverletzungen schwierig!

Intransparenz und fehlende Mitwirkungsmöglichkeiten

- ➔ **EU-Rat** erteilt **EU-Kommission** Verhandlungsmandat
- ➔ **Handelspolitischer Ausschuss** koordiniert Rats-Position
- ➔ **EU-Parlament:** „informiert“ über Verhandlungsfortgang, kann nicht während Verhandlungen mitentscheiden
- ➔ **Rat und EP** müssen Verhandlungsergebnis zustimmen
- ➔ **Bei gemischtem Abkommen:** Zustimmung 28 EU-Staaten
- ➔ **Mitgliedstaaten**
 - bekommen nur **EU-Dokumente**, diese müssen **streng vertraulich** behandelt werden, **US-Dokumente:** Lesesäle in Brüssel
- ➔ **Allgemeine Informationspolitik**
 - Briefings der Kommission und „Beteuerungen“, Stakeholder-Dialoge mit Zivilgesellschaft, Öffentliche Konsultationen

Lobbyismus für TTIP:

TTIP ZAHLEN & FAKTEN



Quelle: Corporate Europe Observatory

CETA

das EU-Kanada-Abkommen,

bzw. Comprehensive Economic and Trade Agreement

CETA Grundlegendes

- ➔ „Blaupause für TTIP“
- ➔ Auch hier massive Bedenken
 - geheime Verhandlungen
 - Unvereinbarkeit von Vorsorge- und Nachsorgeprinzip
 - **Multinationale Unternehmen bekommen über „Töchter“ in Kanada uneingeschränkten Zugang zu Märkten in Europa und USA**
 - Zweifel an Wachstumseffekten
 - Befürchtung, dass Arbeitsplätze bei KMU unter Druck geraten
 - ISDS Bestandteil von CETA!

- ➔ Auszug aus AK/ÖGB-Brief an Bundesminister Mitterlehner vom 25.8.2014

„Aufgrund der schwerwiegenden Bedenken und der nicht berücksichtigten Anliegen seitens der BAK und des ÖGB kann aus unserer Sicht dieses Abkommen nicht befürwortet werden. Wir ersuchen daher dringend, sich gegen die Paraphierung des CETA in dieser Form durch die Kommission auszusprechen und dem Abkommen im Rat nicht zuzustimmen.“

TiSA

**Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen
bzw. Trade in Services Agreement**

TiSA - Grundlegendes

- ➔ Beteiligt sind USA, die EU und 21 weitere Staaten
 - Australien, **Kanada**, Chile, Taiwan, Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, die Schweiz, die Türkei
 - „Very good friends of GATS“
 - Mehr als zwei Drittel des Handels mit Dienstleistungen
- ➔ Betroffen sind
 - Öffentliche Dienstleistungen wie Trinkwasserversorgung, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen
 - Spielregeln für Banken und Versicherungen
 - Leiharbeit und Löhne
- ➔ Äußerst komplizierte Verschachtelung von Positivlisten- und Negativlistenansatz

Forderungen für einen grundlegenden Kurswechsel der EU-Handelspolitik

Forderungen - Freihandel

- ➔ **Langfristige Auswirkungen** von Handelsabkommen prüfen
 - Auftragsstudien der EU-KOM reichen und überzeugen nicht
- ➔ **Mehr Transparenz**
 - Offenlegung aller Verhandlungsdokumente um eine breite öffentliche Diskussion auf Basis transparenter Informationen zu ermöglichen.
- ➔ Reregulierung der **Finanzmärkte** sicherstellen
- ➔ **Keine Investitionsschutzbestimmungen**
 - Ergebnisse der Konsultation und Beiträge von Gewerkschaften, NGOs und mehreren zigtausend Privatpersonen müssen berücksichtigt werden!

NO NE NO NIE HAYIR NEIN NON NO



NAO NO NO OCHI NO NYET

YES



145,000+ PEOPLE SAID

**“WE DO NOT WANT BUSINESSES
TO BE ABLE TO SUE OUR GOVERNMENTS
IN CORPORATE TRIBUNALS”**

“NO 2 ISDS”

AS PART OF EU TRADE AGREEMENTS

Forderungen - Freihandel

- ⇒ **Daseinsvorsorge** gehört in die öffentliche Hand
 - Öffentliche Dienstleistungen sind **flächendeckend aus dem Anwendungsbereich des Abkommens auszuschließen**.
 - Verfolgung sozial und umweltpolitischer Ziele im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge darf nicht ausgehebelt werden.
 - Positivlistenansatz anstatt Negativlistenansatz
- ⇒ Möglichen **Abbau von Regulierungen verhindern**
 - **Regulierungen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, sowie der Umwelt, im Bereich der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, dürfen keinesfalls gesenkt oder deren zukünftige Anhebung eingeschränkt werden.**
 - Abgelehnt wird auch die Einrichtung einseitiger „Räte für Regulierungskooperation“

- ➔ Einklagbare **Mindeststandards**
 - Verpflichtung zu Ratifizierung, Umsetzung und Anwendung zumindest aller 8 ILO-Kernarbeitsnormen durch die USA
 - Auch Verstöße gegen Arbeitsstandards müssen im Rahmen des Abkommens einklagbar und sanktionierbar sein
- ➔ Kein Lohn- und Sozialdumping in Österreich
 - Keine Aushöhlung des Österreichischen Arbeits- und Sozialrechts u. kollektivvertraglicher Bestimmungen, Sanktionen bei Verstößen!

Die langfristigen Liberalisierungsverpflichtungen in Handelsabkommen gefährden öffentliche Interessen, insb. sozialstaatliche und demokratische Handlungsspielräume.

Die Verhandlungen zu **TTIP müssen ausgesetzt werden.**

Es braucht einen **grundlegenden Kurswechsel der handelspolitischen Ausrichtung der EU ausgerichtet ...**

- auf fairen Handel,
- auf hohe Standards für ArbeitnehmerInnen, Gesundheit und Umwelt für alle weltweit
- sowie auf Demokratie
- und Transparenz.